

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

zwei Verhandlungsrunden mit den Arbeitgebern der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) sind ohne Ergebnis im Sande verlaufen. Unsere Hauptforderung, nämlich 5,5 Prozent mehr für Tarifbeschäftigte, Beamtinnen und Beamte sowie für die Versorgungsempfänger, mindestens aber im Monat 175 Euro plus, wurde als „unbezahlbar“ zurück gewiesen. Konkrete, belastbare Verhandlungsangebote durch die Arbeitgeber gab es nicht. Die Verhandlungen wurden auf Mitte März vertagt. Die Arbeitgeber provozieren damit mutwillig Streiks. Wie schon am Beispiel der GDL im Winter klar zu sehen, kann man der Öffentlichkeit mit einem treuherzigen Blick neue Krokodiltränen vortäuschen. Man will uns, die Beschäftigten, als raffgierig darstellen, als Egoisten, die ihre Interessen auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger austragen. Man setzt darauf, dass das inzwischen tausendfach abgedroschene Argument auch dieses Mal wieder in der Öffentlichkeit verfängt: sollen die doch froh sein, dass sie im Öffentlichen Dienst arbeiten und nicht entlassen werden können. Geben wir, so die Politstrategen, das Geld doch besser für wahlkampfwirksame Projekte aus als für die Leistungen des Öffentlichen Dienstes.

Wir sollen also zappeln. Wie anders agieren doch die Arbeitgeber im Bereich der Metall- und Elektroindustrie. Dort kam man rasch zu einem bundesweit anerkannten Ergebnis. Rund drei Prozent mehr, was bei einer eher niedrigen Inflationsrate ein deutliches reales Plus bedeutet. Die Metall- und Elektroarbeitgeber sehen offenbar sehr viel klarer, was gesamtwirtschaftlich Sache ist: höchste Steuereinnahmen, eine florierende Wirtschaft, ein leer gefegter Arbeitsmarkt, Probleme bei der Gewinnung von Nachwuchs, volle Kassen in der Renten- und Krankenversicherung. Diese Arbeitgeber haben zugegriffen und sich Ruhe in den Betrieben und damit weiteren Wohlstand und Planungssicherheit geschaffen. Genauso macht man es in einer sozialen Marktwirtschaft: man fordert von der Belegschaft nicht nur etwas, wenn es schlecht läuft, sondern beteiligt diese fair am Wohlstand, wenn die Geschäfte gut gehen. Und das noch in sehr kurzer Verhandlungszeit. Leider fehlt unseren Arbeitgebern diese banale Einsicht noch. Wie schon bei der Deutschen Bahn blockiert man sich nun auch in den Ländern. Ja man sägt in gefährlicher Weise an dem Ast, auf dem wir alle sitzen. Die ganze Welt beneidet uns um diesen hervorragenden Öffentlichen Dienst. Nur in unseren politischen Chefetagen wird auf Gutsherrenart das kurzfristige Sparen am Personal eingeübt, ohne an die langfristigen negativen Folgen zu denken. So verliert man den Kampf um den zahlenmäßig schwindenden Nachwuchs so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Kameralistik, die rein abschnittsbezogene Betrachtung, ist offenbar aus den Köpfen der Entscheider nicht rauszukriegen und entwickelt sich zu einem wahren Damoklesschwert!

Mit herzlichen kollegialen Grüßen
Ihr

Thomas Eigenthaler